

Es ist notwendig, daß nunmehr der Inhalt der abgeschlossenen Abkommen und Vereinbarungen Gegenstand der Stellungnahme in den Betrieben und Massenorganisationen in der Deutschen Demokratischen Republik wird. Das ist um so notwendiger, weil sich aus den wirtschaftlichen Vereinbarungen große Verpflichtungen ergeben. Es ist nicht leicht, den Warenexport auf Grund der erhöhten Außenhandelsabkommen termingemäß durchzuführen. Um so notwendiger ist es, daß die Mitarbeiter in den Verwaltungen, die Betriebsdirektoren, die Arbeiter, die technische Intelligenz über die Bedeutung dieser Abkommen informiert werden, im Bilde sind über die große Bedeutung, über den Inhalt unserer Außenhandelsabkommen, damit jeder einzelne sich mit anstrengt, um die aus den Verträgen sich ergebenden Verpflichtungen zu erfüllen.

Das ganze deutsche Volk hat jetzt die Möglichkeit, ein Urteil abzugeben über die Außenpolitik und Wirtschaftspolitik der Deutschen Demokratischen Republik und Vergleiche anzustellen mit den Handlungen der Protektorsratsverwaltung in Bonn. Während im Westen die Bonner Verwaltung die Eingliederung Westdeutschlands in das amerikanische System der Kriegsbündnisse betreibt, während der amerikanische Generalstab Maßnahmen zur Verwandlung Westdeutschlands in eine tote Zone organisiert, während die Bonner Verwaltung das Ruhrgebiet wirtschaftlich von Deutschland losreißt und unter das Diktat der amerikanischen Konzernherren stellt, während die anglo-amerikanischen Gouverneure in Westdeutschland die Produktion drosseln und den deutschen Außenhandel einschränken, schließt die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik Abkommen ab zur Förderung des friedlichen Aufbaues und zur gegenseitigen Hilfe, zur Hebung des Wohlstandes der Völker.

Unsere wirtschaftlichen Abkommen haben Bedeutung für ganz Deutschland. Bei den Beratungen in Warschau, in Prag und Budapest war auch die Frage der wirtschaftlichen Beziehungen mit den Fabrikanten und Geschäftsleuten Westdeutschlands Gegenstand der Besprechungen. Wir sind dafür, daß die wirtschaftlichen Beziehungen mit den westdeutschen Wirtschaftsinteressenten weiter erhöht werden. Es sind gesamt-nationale Gesichtspunkte, von denen wir uns dabei leiten lassen. Wir wollen alles tun, um zu verhindern, daß die amerikanischen Imperialisten noch weiter die westdeutsche Wirtschaft ruinieren. Wir werden alles in unseren Kräften Stehende tun, um zu helfen, die Arbeitslosigkeit in Westdeutschland zu vermindern. Durch die Vereinbarungen, die im ersten Quartal dieses Jahres mit Vertretern der Sowjetunion über die erhöhte Lieferung von Rohstoffen und Lebensmitteln getroffen wurden, und durch die wirtschaftlichen Abmachungen mit der polnischen Regierung, der tschechoslowakischen und der ungarischen Regierung wird der Beweis erbracht, daß es jetzt schon möglich ist, auf Grund solcher Verträge ein friedliches, einiges, demokratisches Deutschland vollständig zu versorgen.

(Beifall)

Kein Politiker in Westdeutschland kann sagen, daß westdeutsche Verwaltungen die unerträglichen und unwürdigen Bedingungen der amerikanischen Räuber annehmen müssen, weil dann angeblich die Versorgung Westdeutschlands gefährdet wird. Die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik erbringt durch ihr Abkommen den Beweis, daß ein einiges, demokratisches Deutschland imstande wäre, auf der Grundlage der Gleichberechtigung und der nationalen Unabhängigkeit solche Verträge abzuschließen, die den Aufschwung der gesamten deutschen Wirtschaft gewährleisten. Jeder Deutsche im Westen unserer Heimat, der ein einiges, friedliches und wirtschaftlich starkes Deutschland will, muß entschieden Stellung nehmen gegen die Kolonisierung Westdeutschlands und die Politik der Provisori-

schen Regierung der Deutschen Demokratischen Republik unterstützen.- Wir werden alles tun, um der westdeutschen Bevölkerung zu helfen. Wir sind daran interessiert, die Kolonisierung Westdeutschlands zu verhindern. Wir zeigen der Bevölkerung Westdeutschlands den Ausweg. Wenn sich die Kräfte des Friedens und der Demokratie auch in Westdeutschland in der Nationalen Front des demokratischen Deutschland zusammenschließen, dann wird es gelingen, ein einiges, friedliches, demokratisches, ein starkes Deutschland zu schaffen, das sich in enger Freundschaft verbunden fühlt mit der Sowjetunion, mit den volksdemokratischen Ländern, mit allen friedliebenden Kräften in der Welt, und damit wird eine glückliche Zukunft unseres Volkes gewährleistet.

(Langanhaltender lebhafter Beifall)

Präsident Dieckmann:

Ich glaube, die Auffassung des gesamten Hauses wiederzugeben, wenn ich dem Herrn Stellvertretenden Ministerpräsidenten Walter Ulbricht nicht nur für die hochbedeutsamen Ausführungen, die er soeben hier dem Hohen Hause gemacht hat, sondern insbesondere für den entscheidenden persönlichen Anteil, den er an den mit so großem Erfolg geführten Verhandlungen zum Abschluß der Handels- und Kulturverträge mit den uns befreundeten Völkern genommen hat, den besonderen Dank der deutschen Volksvertretung und damit des deutschen Volkes ausspreche.

(Beifall)

Für die Regierung wird nunmehr der Herr Minister des Auswärtigen, Herr Dertinger, sprechen. Nach den Ausführungen des Herrn Ministers Dertinger wird eine kurze Pause von 15 Minuten eintreten, um den Fraktionen Gelegenheit zu geben, die Ausführungen der beiden Regierungsvertreter zu beraten.

Ich erteile nunmehr Herrn Minister Dertinger das Wort.

Minister Dertinger (Min. f. ausw. Angelegenheiten):

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Der Herr Stellvertretende Ministerpräsident Ulbricht hat Ihnen soeben ausführlich über die Verhandlungen der unter seiner Führung stehenden Delegation der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik mit den Regierungen Polens, der Tschechoslowakei und Ungarns berichtet. Die wirtschaftliche und die politische Bedeutung der getroffenen Abmachungen ist bei diesem Bericht wohl mit aller Eindringlichkeit erkennbar geworden. Es ist dank des Wirkens des Herrn Stellvertretenden Ministerpräsidenten Ulbricht in der Tat gelungen, auf der Grundlage einer vertrauensvollen, gleichberechtigten Gegenseitigkeit in Achtung und Freundschaft Beziehungen herzustellen, die unseren Völkern Fortschritt und Wohlstand sichern, das gesamte Friedenslager stärken und einen wesentlichen Beitrag zur Sicherung des Friedens in ganz Europa leisten.

Meine Damen und Herren! Wenn man die Deklarationen, die zwischen der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik und den Regierungen der drei Völker, die von unserer Delegation besucht wurden, zustande gekommen sind und die zum Teil der Herr Stellvertretende Ministerpräsident Ulbricht bereits zitiert hat, als Ganzes betrachtet, so werden die Elemente unserer Friedenspolitik in aller Klarheit erkennbar. In diesen drei Deklarationen kehrt eine Reihe von Gedanken wieder, die als die Grundsätze, gewissermaßen als eine unausgesprochene Magna Charta der Freundschaftspolitik aller fortschrittlichen, friedliebenden Völker angesehen werden können.